



4. Jahrg., Nr. 4

Mitteilungsblatt
des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessens

Dieses Blatt erscheint monatlich und geht den Mitgliedern unentgeltlich zu. ◆ Erscheinungsort Mainz.

Zuschriften: Mainz, Hindenburgstraße Nr. 44
Schriftleitung: Rabbiner Dr. S. Levi, Mainz

Bekanntmachung
des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessens.

Wie bereits bekanntgegeben, findet **am Sonntag, den 14. April 1929, vormittags 11 Uhr, in Offenbach a. M., Versammlungssaal im Synagogengebäude** (Goethestr.), ein

ordentlicher Gemeindetag

statt.

Die Abgeordneten werden um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

Mainz, den 7. April 1929.

Der Verbandsvorsitzende.

Aus dem Verbandsbüro.

Zu dem am 14. April d. Js. in Offenbach a. M. stattfindenden Verbandstag sei als Punkt 8 der Tagesordnung noch nachgetragen:

Referat des Herrn Rabbiner Dr. Dienemann-Offenbach über:

„Aufbau und Gedankengang unseres täglichen Gebetes."

Die Herren Oberratsmitglieder und deren Stellvertreter werden hiermit nach Offenbach a. M., Versammlungssaal Goethestraße, auf Sonntag, den 14. April 1929, vormittags 10½ Uhr, zu einer Oberratssitzung berufen.

Mainz, den 7. April 1929.

Der Verbandsvorsitzende.

Der Reichsverband der deutsch. Juden wiederum gescheitert.

Nachdem man seit Jahren auf die Gründung eines Reichsverbandes der deutschen Juden hingewirkt hatte, wobei insbesondere der an der Spitze des bayrischen Landesverbandes rührige und erfolgreich tätige Herr Oberlandesgerichtsrat Neumeyer in München durch Ausarbeitung der entsprechenden Satzungen sich verdient gemacht hatte, sollte jetzt die endgültige Entscheidung über das Zustandekommen dieses Planes fallen. Die süddeutschen Landesverbände, welche seit längerer Zeit zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen waren, hatten sich unter der Voraussetzung, daß auch der Preußische Landesverband sich dem Reichsverbande anschließt, bereit erklärt, sich in den Reichsverband einzugliedern. Selbstverständlich mußten diese süddeutschen Landesverbände, welche zum Teil schon über 100 Jahre staatliche Gebilde darstellen, auf der Beobachtung ihrer staatsgesetzlichen Lage bestehen und konnten infolgedessen nur einen Dachverband als Zusammenfassung anerkennen. Nun hat der Preußische Landesverband in seiner Verbandstagung vom 3. Februar den Entwurf zur Gründung des Reichsverbandes, der ihm vorlag, mit 46 gegen 45 Stimmen abgelehnt; geschlossen gegen den Reichsverbandsentwurf trat die jüdische Volkspartei, welche in der Hauptsache zionistisch gerichtet ist, auf. Die sonstigen ablehnenden Stimmen kamen aus den verschiedensten Parteilagern. So ist die Hoffnung auf Erfüllung einer dringenden Notwendigkeit bis auf weiteres zusammengebrochen. Grund zu der Ablehnung war die Auffassung, daß der vorgelegte Entwurf den demokratischen Zeitströmungen nicht genügend entspreche. Der Preußische Landesverband will nun seinerseits einen Entwurf ausarbeiten; ob diesem dann später ein größerer Erfolg beschieden sein wird, ist zweifelhaft. Die süddeutschen Landesverbände werden jedenfalls gelassen die Entwicklung der Angelegenheit abwarten.

Zum bevorstehenden Pessachfeste.

Das Pessachfest beginnt am Mittwoch, den 24. April, abends und endet am Donnerstag, den 2. Mai. Am Dienstag, den 23. April nach Eintritt der Nacht ist Bedikath hachomez vorzunehmen. Das Chomezverbot tritt am Mittwoch vormittags um 8,50 Uhr in Geltung. An diesem Mittwoch ist außerdem eruv tavschilin zu vollziehen, weil die ersten beiden Feiertage unmittelbar in den Sabbath übergehen. Am Donnerstag abend beginnt die Omer- oder Sefirohzeit. Das gegenwärtige Jahr 5689 unserer jüdischen Zeitrechnung ist seit dem Bestehen des jüdischen Kalenders erst das zweite, in welchem das Pessachfest und entsprechend die übrigen Feiertage auf ein so spätes Datum der allgemeinen Zeitrechnung fällt. Das erste Mal war ein so später Feiertagsbeginn im Jahre 1815 zu verzeichnen. Im Jahre 1967 wird zum dritten Mal das Pessachfest so spät im allgemeinen Kalender beginnen.

Verzeichnis der Verbandsgemeinden

Spalte I = Verbandsbeiträge; Spalte II = Beiträge zu Anstalten, Seminarien usw.;
Spalte III = Beiträge zu Bestellgeldern; Spalte IV = Beiträge zu Lehrergehältern.

Starkenburg	I	II	III	IV
Arheilgen	20.—			
Bischofsheim	50.—	18.20	6.60	200.—
Bürgel	30.—			
Bürstadt	25.—			
Büttelborn				
Darmstadt	3100.—	800.—	180.—	
Dornheim	50.—			
Dreieichenhain	30.—			
Egelsbach				
Fränk. Crumbach	30.—	6.—		
Griesheim	50.—		6.72	290.—
Groß-Bieberau	50.—	14.—	5.88	
Groß-Gerau	50.—	12.95		
Groß-Steinheim	50.—	31.30	7.56	
Heppenheim				
Heusenstamm	20.—	3.50	4.20	75.—
Kl.-Krotzenburg				
König				
Lampertheim	55.—	29.75	10.—	
Langen	50.—		8.40	
Leeheim	50.—			
Mühlheim				
Nauheim				
Oberklingen				
Oberramstadt	50.—			
Offenbach	3000.—	1000.— 1500.—	185.—	100.—
Paffenbeerfurth				
Rimbach				
Rüsselsheim	50.—	19.60	5.46	650.—
Seligenstadt	50.—	70.—	12.60	
Treburg	20.—	7.70	2.52	
Urberach				
Viernheim	(50.—) 50.—	10.40		
Weiskirchen				
Wimpfen				
	(50.—) 6930.—	3523.40	434.34	1315.—

Oberhessen	I	II	III	IV
Allendorf	10.—			
Alsfeld	240.—			
Altenbuseck				
Altenstadt				
Altwiedermus	30.—	7.—	2.52	
Angenrod	50.—	22.05	5.46	
Assenheim				
Bad-Nauheim	270.—	66.85	29.40	
Büdesheim	30.—		9.—	
Büdingen incl. 10 RM. Spende	50.—	25.—		
Butzbach	50.—	15.—		
Crainfeld	50.—			
Düdelsheim	(42.—)			
Eckartshausen	25.—			
Echzell	50.—			
Friedberg	475.—	347.50	50.—	
Gambach	25.—			
Gedern	(75.—) 124.—	42.—	14.—	
Gießen	1050.—	469.—	133.98	
Glauberg	30.—	7.—	3.—	
Grebenau	50.—	28.—		
Griedel				
Großenbuseck		29.20		
Groß-Karben	50.—			
Haingründau	30.—	4.20	2.10	
Heldenbergen	(50.—) 50.—	32.20	10.92	
Himbach	30.—			
Höchst a. Nidder	20.—			
Holzheim	20.—	10.15	4.20	
Homberg		15.—	4.20	
Hungen	50.—	26.25	7.56	
Kestrich	50.—	9.45	3.78	
Kirtorf	80.—			
Laubach	50.—	9.80	4.70	
Lauterbach	50.—			
Lich	50.—	30.—		
Lindheim	30.—			
Lollar	25.—			
Londorf	50.—	10.—		
Niederflorstadt	30.—			
Niedermockstadt	30.—	12.95	3.35	
Niederohmen	50.—	24.85		
Niederweisel	25.—			
Niederwöllstadt				
Obergleen	30.—	3.—		
Oberseemen	50.—			
Ortenberg	30.—	16.80	4.60	
Reiskirchen	50.—			
Rodheim				
Rohrbach	(4.80) 30.—			
Schlitz	50.—			
Schotten	50.—	14.63		
Staden			2.94	
Storndorf	30.—			
Treis	15.—			
Ulrichstein	50.—	14.70	5.04	
Wieseck	30.—		4.80	
	(171.80) 3794.-	1292.58	305.55	—.—

Rheinhessen	I	II	III	IV
Alsheim	25.—			
Alzey	230.—			
Bechtolsheim	20.—		5.88	
Bingen	900.—	300.—	70.—	
Bodenheim				
Bretzenheim	30.—		5.46	
Dolgesheim				
Ebersheim	(30.—) 30.—	11.85	1.12	
Eich	50.—	4.80	2.94	125.—
Eppelsheim	30.—			
Erbesbüdesheim				
Essenheim	30.—			80.—
Flonheim	50.—			
Framersheim	20.—			
Fürfeld	30.—		8.80	
Gaualgesheim	30.—	7.70	3.40	
Gauodernheim				
Gensingen	25.—			
Gimbsheim	20.—			
Guntersblum	50.—	20.30	4.20	
Hahnheim	50.—	5.—		
Hechtsheim	50.—			
Heppenheim	30.—			50.—
Heßloch	30.—	13.65	4,20	20.—
Hillesheim	30.—		3.78	
Mainz	8000.—	2000.— 927.50	500.—	910.—
Monsheim	50.—		6.30	
Niederolm	50.—	5.95	3.36	50.—
Niedersaulheim	30.—	12.95		100.—
Niederwiesen	10.—	8.—	1.66	
Oberingelheim	(50.—) 125.—	38.50	12.75	
Oberolm	50.—	14.—	4.20	100.—
Oppenheim	150.—	25.—	20.—	
Osthofen	65.95	38.50	11.34	
Partenheim				
Schornsheim	30.—		3.36	
Sprendlingen		6.30		
Vendersheim	10.—	2.10	0.84	
Wachenheim	20.—	8.75		
Wallertheim	50.—	21.—	9.—	100.—
Weisenau	50.—	9.45	3.36	
Worms	2050.—	840.— 500.—	160.—	
Wörrstadt				
	(80.-) 12500.95	4831.30	845.95	1535.

Die in Klammern gesetzten Beiträge sind nachträgliche Beiträge pro Rj. 1928.

Kassenbericht.

Abschluß 1928 (Rj.)

Einnahmen:		Ausgaben:
475,67	**I. Rechnungsrest.**	
	II. Verwaltung.	
	a) Reisekostenerstattungen	389,30
	b) Sonstige Spesen	103,15
	III. Mitteilungsblatt.	
4398,92	a) Inserate	833,14
7,50	b) Druckkosten usw.	5230,85
21,—	Druckkosten Grat. Ablösungen	
10,18	c) Versandkosten	2591,99
	IV. Unterricht und Kultus.	
	a) Besoldungen	10495,—
	b) Reisekosten von Verbandslehrern	821,29
	c) Stundenhonorare	3132,50
	d) Zuschüsse an Gemeinden für Unterricht	2800,—
	e) Versicherungen	1225,—
	f) Gratifikation von Lehrern	3900,—
	g) Witwengehalte	600,—
	h) Reisekosten von Schächtern	95,—
	i) Jubiläen	15,40
	k) Subvention zu sachlichen Ausgaben von Gemeinden usw.	850,—
	V. Ausbildungsstätten und Wohlfahrtsanstalten.	
550,—	a) Lektorat Gießen	3000,—
	b) Kostenbeiträge zu Ausbildungen	322,60
	c) Seminare, Verbände und Anstalten	9600,—
	d) Druckschriften	60,60
	VI. Verbandsbeiträge.	
301,80	a) nachträgliche für 1927	
23224,95	b) für 1928	
1586,44	c) zu Bestellgeldern	
9647,28	d) zu Seminare, Verbände, Anstalten und Spenden	
2850,—	e) zu Lehrergehältern	
	VII. Kapitalien.	
1200,—	a) Einnahme für Gemeinde Kirchbrombach	
1792,08	b) Kasseanleihen (Beiträge pro 1929 von Darmstadt, Friedberg [Vereine] und Mainz)	
46065,82		46065,82

Nach vorstehendem Abschlusse verbleibt keinerlei Rechnungsrest.

Mainz, den 7. April 1929.

gez. Fraenkel, Rechner.

Zu dem in Offenbach a. M. stattfindenden Gemeindetag.

Zu dem diesmal in den Festsälen des Synagogenneubaues zu Offenbach a. M. stattfindenden Gemeindetag dürften für dessen Teilnehmer einige Mitteilungen über die israelitische Religionsgemeinde Offenbach a. M. und ihre Synagoge erwünscht sein. Wir entnehmen diese der von Herrn Dr. Guggenheim-Offenbach a. M. herausgegebenen Schrift: „Aus der Vergangenheit der israelitischen Gemeinde zu Offenbach a. M.": Wie die Stadt Offenbach als politische Gemeinde in dem letzten Jahrhundert sich zu einem blühenden Gemeinwesen entwickelt hat, so kann auch die israelitische Gemeinde in Offenbach hinsichtlich ihres Alters nicht in Wettbewerb treten mit den israelitischen Religionsgemeinden von Mainz oder Worms, deren Anfänge in das frühe Mittelalter zurückreichen. Offenbach ist eine neuzeitliche Stadt. Auch die israelitische Gemeinde zu Offenbach führt in ihren Anfängen kaum vor die Zeit des dreißigjährigen Krieges zurück. Eine eigentliche Gemeinde-Geschichte ist erst für die letzten zweihundert Jahre bezeugt. Vor dieser Zeit kommen nur Enzelsiedlungen vor.

Der erste Keim einer Judensiedlung wurde vielleicht von Frankfurt a. M. herübergeweht, als dort im Jahre 1614 die Juden in offenem Sturme durch Vinzenz Fettmilch und seine wilden Gesellen vorübergehend aus der Stadt vertrieben wurden.

Einige Jahre darauf, vor 1623, sieht der Roßkam Lazarus Judt in Offenbach in gräflich Isenburgischem Schutz. Nachdem er wegen der Kriegsnöte aus Offenbach hatte fliehen müssen, wird er 1628 gegen 30 Rtl. Einzugsgeld und ebensoviel jährliches Schutzgeld wieder aufgenommen.

Für die nächsten 65 Jahre finden sich keine Berichte über die Anwesenheit von Juden in Offenbach. Erst von Graf Johann Philipp von Isenburg und Büdingen wird bezeugt, daß er am 24. April 1693 den aus Osthofen vertriebenen Daniel und Adam dreijährigen Schutz in Offenbach gewährt hat. In ihrem Schutzbrief wird ihnen zu Gunsten der anderen Offenbacher Juden verboten, Handel zu treiben. Daraus ist zu schließen, daß damals in Offenbach bereits eine gewisse Judensiedlung bestanden hat.

In den nächsten 15 Jahren muß das Anwachsen der jüdischen Bevölkerung durch Zuzug und Geburtenzuwachs nicht unbeträchtlich gewesen sein; denn 1702 wurde die Schäfergasse in Judengasse umgenannt und 1708 wurde es sogar nötig, eine eigene Judengasse anzulegen, die von der älteren „kleinen" als „große Judengasse" unterschieden wurde.

Die formellen Geburtsurkunden der Gemeinde sind aber erst die Statuten von 1707 und das am 2. Januar 1708 vom Grafen Johann Philipp gewährte Privileg.

Die Entwicklung zur Religionsgemeinde muß aus der allgemeinen Entwicklung der politischen Gemeinde heraus verstanden werden. Neben den humanitären haben wirtschaftliche Motive für die Aufnahme jüdischer Familien in Offenbach gesprochen, wie diese auch die Aufnahme der französisch-reformierten Familien nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes veranlaßt haben. Das Judenprivileg von 1708 ist nicht erhalten, ebenso ein zweites vom 4. November 1715. Beide sind in einem dritten, in hebräischer Umschrift erhaltenen vom Jahre 1719 erwähnt, das in erweiterter Fassung im Jahre 1764 erneuert wurde und in dieser Ausferti-

gung in der Urschrift in den Akten der Gemeinde Offenbach erhalten ist.

Aus den Bestimmungen dieses Privilegs werden die Formen einer organisierten Gemeindeverwaltung deutlich; zugleich aber wird auch ersichtlich, daß die Gemeinde verschuldet war und daß die Verschuldung der Gemeinde eine natürliche Folge von Anordnungen sein mußte, die auf der einen Seite dem Handel und Wandel der Juden in Offenbach enge Schranken zogen und auf der anderen Seite sie durch Gebühren und Schatzung zu ergiebigen Geldquellen machten.

Das Privileg von 1719 bzw. 1715 ist über hundert Jahre lang die Grundlage des Offenbacher Wesens geblieben. Erst von 1803 an, dem Jahre, da durch die Bemühungen des Offenbacher Juden Wolff Breidenbach in ganz Deutschland der Leibzoll zu fallen begann, bröckelte langsam ein oder das andere Stück der alten Einrichtungen ab. Stärker wurde das Bestreben nach modernen Einrichtungen erst, als Isenburg mediatisiert und Offenbach hessisch geworden war. Die Erklärung der Juden zu Staatsbürgern im Jahre 1840 entzog einem Judenprivileg endlich den Boden. Inhalt und Form waren nun tot, die Gnade war durch das Recht ersetzt. Auf Grund der hessischen Verfassung von 1820 und der sich anschließenden Gesetzgebung erfolgte unter schweren inneren Kämpfen, die namentlich die Schuldablösung und den Gegensatz von „orthodox“ und „liberal“ betrafen, langsam die Neugestaltung der Gemeindeverhältnisse.

Zweimal ist der Versuch gemacht worden, die Verhältnisse der hessischen Gemeinden von staatswegen generell zu regeln; obwohl die jüdischen Gemeinden zu den erforderlichen Vorarbeiten in weitem Maße herangezogen wurden, ließ die Uneinigkeit die Versuche mißglücken.

In einem handschriftlich bei den Akten der Gemeinde zu Bürgel erhaltenen geschichtlichen Rückblick vom Jahre 1829 findet sich die Notiz, daß vor der Erbauung der Synagoge zu Bürgel das Betlokal sich in einer Turmstube befunden habe, und daß anfangs auch die Offenbacher dorthin zum Gottesdienst gekommen seien. Das kann sich nur auf die Zeit vor 1707 beziehen. Für dieses Jahr ist durch den Plan der Plätzeverteilung der Bestand einer eigenen Stätte für den Gottesdienst bezeugt. Es ist fraglich, ob damals schon eine Synagoge bestand oder nur eine Betstube.

Auch aus den Schriftstücken über den Synagogenbau von 1728 auf 1729 ist darüber nichts zu ersehen. Der Neubau dieser Jahre blieb durch fast zwei Jahrhunderte der Mittelpunkt der Offenbacher Juden. Innen — so z. B. durch Wolff Breidenbach 1821 — und außen wurde er oft verändert. Aber die dauernd anwachsende Zahl der Gemeindemitglieder und die gesundheitlichen und baulichen Forderungen unserer Zeit geboten es bald, das alte als veraltet zu erkennen und einen der israelitischen Gemeinde und der Stadt Offenbach würdigen Neubau zu errichten. Dieser Neubau wurde vor 15 Jahren errichtet und ist ein Ausdruck des Geistes, der die Gemeinde in die Höhe geführt hat, und soll der Gemeinde ein Mahner sein zum Streben nach weiterer sittlicher Vervollkommnung.

Vom Kampf unseres Landesverbandes um Gewährung einer staatlichen Beihilfe.

Die „Wormser Volkszeitung“ brachte am 13. März d. J. den nachfolgenden vom stellvertretenden Vorsitzenden unseres Landesverbandes, Herrn Kommerzienrat Ludwig Kronenberger-Mainz verfaßten Artikel:

Gleiches Recht für Alte!
Auch im Volksstaat Hessen?

Von Ludwig Kronenberger.

Der Finanzausschuß der Volkskammer hat ein Gesuch des Landesverbandes der israelitischen Gemeinden Hessens um Zahlung einer Subvention, wie solche die anderen Konfessionen seit Jahrzehnten vom Staat beziehen, abgelehnt.

Der Landesverband der israelitischen Gemeinden hat die Aufgabe, den armen und schwachen jüdischen Landgemeinden in Hessen zu helfen, daß sie ihre Lehrer menschenwürdig besolden und ihre baufälligen Gotteshäuser und Friedhöfe in Stand halten können. Die jüdischen Lehrer auf dem Lande in Hessen sind als die schlechtest bezahlten Beamten in ganz Deutschland bekannt, sie können vielfach kaum ihr nacktes Dasein fristen. Württemberg und Baden haben schon vor dem Kriege ihren jüdischen Gemeindeverbänden für diese Zwecke Subventionen gegeben, in Preußen und sogar in Bayern werden solche seit 1918 in erheblichen Beträgen bezahlt. Nur Hessen macht eine unrühmliche Ausnahme und schützt für diesen ungerechten Standpunkt Mangel an Mitteln vor. Dabei beträgt die ganze Subvention, die im Verhältnis der jüdischen Bevölkerungsziffer in Betracht käme, pro Jahr sage und schreibe Mk. 16 000! Um diesen Betrag hatte der Landesverband gebeten und die Regierungsparteien mit Ausnahme des demokratischen Vertreters im Finanzausschuß, des Abgeordneten Reiber, haben das Gesuch abgelehnt. Wie das Plenum der Kammer entscheidet, weiß man noch nicht. Die beiden christlichen Konfessionen erhalten seit Jahren vom Staat Beiträge in Höhe von etwa Mk. 600 000 pro Jahr. Die Verpflichtung des Staates zur Zahlung dieser Subventionen beruht auf der Ablösung früherer Rechte der Kirchen, auf Sequestrierungen und dergl. Da diese Zahlungen aus dem Staatssäckel erfolgen, besteht der groteske Fall, daß die jüdischen Steuerzahler in Hessen im Verhältnis ihrer Steuerkraft zu denselben beitragen, für ihre eigenen Zwecke aber nichts erhalten! Man begründet die Ablehnung mit der durchsichtigen Angabe, die Juden hätten keine diesbezüglichen verbrieften Rechte! Tatsächlich haben die Juden in Hessen noch niemals vom Staate etwas verlangt und auch noch niemals etwas erhalten. Wo kein guter Wille vorhanden ist, findet man leicht tausend Rechtsgründe und Billigkeits- oder Gerechtigkeitsgründe gelten immer nur für die Majoritäten.

Die Juden in Hessen haben aber überdies im Laufe der Jahrhunderte nicht nur einmal, sondern mehr als zehnmal Sequestrierungen, Beschlagnahmen und Beraubungen ihrer Gemeinde- und Privatvermögen über sich ergehen lassen müssen. Im Mittelalter hat der Staat bzw. die Stadt Mainz den Juden ihren gesamten Grund- und Hausbesitz einfach weggenommen und die Besitzer verjagt oder umgebracht. Ein Jahrhundertlang führte man in Mainz den großen Kampf unter dem Namen „Judenerbe“. Später wurde es nach und nach veräußert. Man sieht, die Juden könnten sich auch auf Sequestrierungen beziehen und Rechte herleiten, sie sind aber nicht in der Majorität und deshalb nicht im Recht. Aber mit etwas gutem Willen und etwas Gefühl für Billigkeit hätte man auch Gründe für die Bewilligung der paar tausend Mark finden können. Doch die Parteien, die da, wo ihre Interessen in Betracht kommen, die Begriffe Recht und Gerechtigkeit mit Virtuosität handhaben, haben in diesem Falle versagt. Die Sozialdemokraten, die prinzipielle Gegner aller Zahlungen für religiöse oder konfessionelle Dinge sind, konnten sich nicht zu der Höhe des gerechten Ausgleichs aufschwingen, den Juden ihren Subventionsanspruch wenigstens insolange zuzubilligen, als die anderen Konfessionen die ihrigen erhalten, und das Zentrum, das sonst zum Schutze der Religionen immer zu haben ist, konnte dieses Prinzip nicht bis auf die Juden ausdehnen.

Die gesamte jüdische Bevölkerung Hessens aber, die sich seither bewußt war, daß sie als loyale und treue Staatsbürger immer und überall ihre Pflichten in vollem Maße erfüllt haben, fühlt sich durch die ungerechte Behandlung ihrer Sache mit Recht zurückgesetzt und ist durch dieselbe tief erbittert. Sie wird wohl genötigt sein, die für die obigen Zwecke so dringend benötigten Mittel anderweitig aufzubringen und sie an anderen gemeinnützigen Gaben und Beiträgen, die sie sonst der Allgemeinheit opfert, zu ersparen.

Die „Mainzer Warte“, die den Artikel abdruckte, gab ihrem Erstaunen darüber Ausdruck, daß derselbe in Worms veröffentlicht wurde und vermutete, daß die Mainzer Zeitungen den Abdruck abgelehnt hätten. Herr Kronenberger sandte der Zeitung darauf folgende Berichtigung:

An die Redaktion der Mainzer Warte

Sehr geehrte Redaktion!

Ich sehe aus Ihrer letzten Nummer, daß Sie meinen Artikel „Gleiches Recht für Alle“ aus der Wormser Volkszeitung — sogar mit allen Druckfehlern — abgedruckt haben, und danke Ihnen dafür, weil ich dem Inhalt natürlich die weiteste Verbreitung wünsche.

In einem Punkte Ihrer daran geknüpften Bemerkungen muß ich Sie aber berichtigen. Sie fragen, warum ich den Artikel nach Worms gegeben habe, und ob vielleicht die Mainzer Tageszeitungen den Abdruck abgelehnt hätten. Ihre Vermutung ist nur teilweise richtig. Ich habe den Artikel lediglich dem Mainzer Anzeiger angeboten, und dieser hat allerdings die Annahme abgelehnt. Bei den anderen Mainzer Zeitungen habe ich garnicht den Versuch gemacht weil ich annahm, die Parbeiblätter würden eine Kritik an ihren Parteigenossen in der hessischen Kammer nicht bringen. Der Wormser Volkszeitung, der ich den Artikel auf den Rat eines prominenten Mainzer Politikers übersandte, hat sich sofort zum Abdruck bereit erklärt mit der Motivierung, daß sie als demokratische Zeitung jederzeit unerschrocken für den in der Ueberschrift des Artikels ausgedrückten Rechtsgrundsatz eintrete.

Hochachtungsvoll
L. Kronenberger.

Die Redaktion der Mainzer Warte konnte sich nicht versagen, an diese Berichtigung folgende Nachbemerkung anzuknüpfen:

Also, da haben wirs ja, daß unsere Vermutung doch richtig war. Wir kennen doch unsere Pappenheimer. Warum mag wohl der Mainzer Anzeiger den Abdruck des Artikels abgelehnt haben? U. A. w. g.! Wir glauben aber, wir werden auf unsere Frage keine Antwort erhalten, denn der Mainzer Anzeiger ist ja so „unabhängig", daß er nach niemand zu fragen und auf keine Frage eine Antwort zu geben braucht, sogar nicht, wenn es sich um die elementarsten Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit handelt. Er ist so unabhängig, daß er sogar seinen besten Inserenten gegenüber diese Grundsätze ablehnt. Ja, ja:

Ein echter teutscher Mann mag keinen Juden leiden,
Doch seine Inserate nimmt er gern!

Der Bericht der Wormser Volkszeitung wurde an sämtliche Mitglieder des hessischen Landtages und an alle Minister in Darmstadt verschickt, konnte dieselben aber auch nicht veranlassen, ihren seitherigen ablehnenden Standpunkt den hessischen Juden gegenüber zu ändern. Bei den Verhandlungen im Plenum der Kammer sind lediglich die Demokraten für unsere berechtigten Forderungen eingetreten. Der Staatspräsident Adelung wies allerdings darauf hin, daß die kirchlichen Ansprüche an den Staat zum Zwecke einer Neuregelung zur Zeit der Prüfung durch eine speziell hierfür gebildete Kommission unterliegen und daß bei der bevorstehenden Neuregelung auch die berechtigten Wünsche der hessischen Juden erfüllt werden sollten.

Wir wollen also weiter hoffen, daß man vielleicht uns und unseren Interessen schließlich doch noch Gerechtigkeit widerfahren läßt und daß wir möglicherweise vom nächsten Jahre ab die so dringend notwendige Subvention aus Staatsmitteln erhalten werden.

Für das laufende Jahr muß unser Landesverband sich mit seinen unzulänglichen Mitteln behelfen und die allerdringendsten Bedürfnisse so gut wie möglich zu erfüllen suchen.

Aus unseren Verbandsgemeinden.

Alzey. In der Nacht vom 25. auf den 26. März starb im städtischen Krankenhaus zu Mainz, wo er von längerem, schwerem Leiden Heilung suchte, Herr Sanitätsrat Dr. Meier Mainzer. Der Verewigte war im Jahre 1867 zu Lorsch geboren und wirkte seit zwanzig Jahren in Alzey als praktischer Arzt sowie als Reichsbahnarzt. Er hatte sich durch seine ärztliche Tüchtigkeit und seine Hilfsbereitschaft Armen wie Reichen gegenüber in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Sympathie und Hochschätzung erworben und hatte sich, ausgestattet mit reichem, jüdischem Wissen und Empfinden, durch langjährige Mitarbeit im Vorstande der israelitischen Religionsgemeinde Alzey auch um seine Glaubensgemeinschaft verdient gemacht. Bei der Beerdigung, welche am 28. März auf dem Mainzer israelitischen Friedhof erfolgte, gab die israelitische Religionsgemeinde Alzey und der ärztliche Kreisverein Alzey der Trauer um den Verlust des Heimgerufenen Ausdruck. Weite Kreise beklagen mit der Gattin, den Kindern und Geschwistern des Verewigten den frühen Heimgang dieses Mannes.

Büdingen (Oberhessen). Am 16. Februar d. Js. beging Frau Ww. Salomon Katz in voller geistiger und körperlicher Rüstigkeit ihren 80. Geburtstag. Wegen der ungünstigen Witterung waren die auswärtigen Kinder — auf dringenden Wunsch der Mutter — zu diesem Freudentag nicht erschienen. Zahlreiche Gratulanten sprachen bei Frau Katz vor, auch wurde sie durch schöne Geschenke geehrt. Mögen der arbeitsfrohen Greisin noch viele Jahre der Freude und Zufriedenheit beschieden sein.

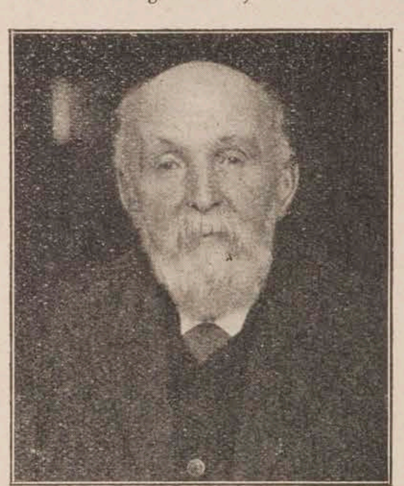
Der hiesige Frauenverein hat in einer jüngsten Versammlung eine Ergänzungswahl seines Vorstandes vorgenommen. Es wurden gewählt: Frau Lehrer Halberstadt, Frau J. Aul und Frau A. Lindheimer.

Unter zahlreicher Beteiligung der hiesigen Bevölkerung wurde am 26. Februar Frau Klara Strauß zu Grabe getragen. Im Mai d. Js. konnte sie ihren 80. Geburtstag in Anwesenheit einer in Amerika verheirateten Tochter feiern. — Ebenso zahlreich war die Beteiligung bei der am 1. März erfolgten Beerdigung der Frau Karoline Kulp. Sie war 77 Jahre alt, nahm aber bis zu ihrem Tode regen Anteil an allen Ereignissen des Geschäftslebens ihrer Kinder. — An beiden Gräbern sprach Herr Lehrer Halberstadt tief empfundene Worte herzlichen Gedenkens.

Friedberg (Hessen). Am 10. März 1929 fand hier Vorstandswahl statt. Gewählt wurden die seitherigen Vorstandsmitglieder Ferdinand Krämer, Siegfried Rothschild, Siegfried Krämer, Dr. Siegfried Rosenthal, Theodor Seligmann, Julius Engel und neu hinzu kam an Stelle des ausscheidenden 7. Mitgliedes Dr. Max Oppenheimer. Die Wahl fand nach der von dem Vorstand im Februar d. Js. herausgegebenen neuen Wahlordnung statt. Diese Wahlordnung erregte wegen ihrer teilweise unzeitgemäßen Bestimmungen den Anstoß zahlreicher Gemeindemitglieder. Aus den Reihen der Mitglieder der israelitischen Gemeinde wurde daher zur Besprechung der neuen Wahlordnung eine Versammlung auf Montag, den 4. März 1929 abends einberufen. Diese Versammlung, die sehr gut besucht war, wurde von Dr. Oppenheimer geleitet. In seinen Begrüßungsworten wies der Vorsitzende darauf hin, daß es sich bei dieser Versammlung nicht um religiöse Dinge drehe, daß auch nicht beabsichtigt sei, Streit und Unfrieden in die Gemeinde zu bringen, sondern daß man ganz im Gegenteil der Gemeinde zu einer gerechten Wahlordnung verhelfen und mehr wie seither unsere jüdischen Mitbürger für die Fragen ihrer Gemeinde interessieren wolle. Herr Dr. Oppenheimer machte darauf aufmerksam, daß die vom Vorstand herausgegebene Wahlordnung hierzu leider nicht geeignet sei, da sie anstatt die Gemeindemitglieder zu einen, diese in verschiedene Klassen teile und zersplittere. Es gehe nicht an, daß es einmal Gemeindemitglieder gäbe, die das aktive und passive Wahlrecht haben, dann solche, die zwar wählen können, aber nicht gewählt werden dürfen und schließlich Gemeindemitglieder, denen man weder das aktive noch das passive Wahlrecht verliehen habe. Nachdem der Vorsitzende noch kurz darauf hingewiesen hatte, daß es dem herrschenden Zeitgeist widerspreche, das Wahlrecht teils vom Steuerzahlen abhängig zu machen, teils nur denen zu geben, die das sogenannte Einkaufsgeld entrichtet haben, und noch insbesondere unterstrichen hatte, daß es unfaßbar sei, einem im Konkurs befindlichen Gemeindemitglied das Wahlrecht zu entziehen, erteilte er dem Referenten des Abends, Rechtsanwalt Dr. Krämer, das Wort. Der Redner verbreitete sich in klaren und aufschlußreichen Ausführungen über den Inhalt der einzelnen Paragraphen der Wahlordnung und kam zu dem Ergebnis, daß fast jeder Paragraph wenn nicht anfechtbar, so doch unklar und dem gesunden Rechtsempfinden weiter Kreise unverständlich sei. Es würde im Rahmen dieses Berichtes zu weit führen, die einzelnen Beanstandungen aufzuzählen, es sei daher nur kurz auf einiges hingewiesen. Merkwürdig sei, daß nach der neuen Wahlordnung Vorstandsmitglieder zwar im **ersten Grade** der Seitenlinie (Brüder) verwandt sein dürfen, daß aber nur der **zweite** Verwandtschaftsgrad der Seitenlinie hindernd im Wege steht. Vollkommen unverständlich sei es, nur den Gemeindemitgliedern das Wahlrecht zu geben, die Steuern zahlen, was die Kluft zwischen arm und reich vergrößere. Gerade wir Juden, die wir endlich die politische und rechtliche Gleichberechtigung hätten und um diese leider in der Praxis noch immer kämpfen müssen, sollten doch unter sich gerecht sein und nicht verschiedene Klassen von Menschen schaffen und den einen vor dem anderen zurücksetzen. So sei es auch ein Widerspruch einigen Frauen und zwar solchen, die selbständigen Haushalt führen, das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben und Steuer zahlen, das aktive Wahlrecht zu geben und die anderen Frauen auszuschließen. Nachdem selbst gesetzestreue Rabbiner das aktive Frauenwahlrecht als mit dem Religionsgesetz vereinbar halten, solle man alle Frauen wählen lassen, zumal es gerade auch namhafte jüdische Frauen gewesen seien, die mit für die politische Gleichberechtigung der Frau gekämpft hätten. Der Referent frug hierauf fortfahrend, ob Gemeindemitglieder, über deren Vermögen ein Vergleichsverfahren schwebt, wählen dürfen, da dies bei den Konkursschuldnern nach der Wahlordnung ausgeschlossen ist. Nachdem noch kurz auf diese unhaltbare Bestimmung eingegangen worden war, verbreitete sich der Redner über das passive Wahlrecht und geißelte hier mit scharfen Worten, daß man das passive Wahlrecht von der Zahlung des überlebten Einkaufsgeldes abhängig gemacht habe Mit Bedauern stellte Rechtsanwalt Dr. Krämer fest, daß man nicht wie in Baden und Württemberg dem Lehrer der Gemeinde ohne weiteres einen Sitz im Vorstand eingeräumt habe, da gerade der Religionslehrer geeignet sei, praktisch bei der Gemeindearbeit mitzuwirken. Dem Empfinden jedes rechtlich denkenden Menschen widersprechend sei es, daß über Einsprüche gegen die Wählerliste sowie gegen die Wahl selbst der alte Vorstand allein endgültig zu entscheiden habe, ohne daß eine höhere Instanz vorhanden sei. Zum Schluß wies der Redner noch darauf hin, daß wenn man die Mitglieder für die Gemeinde interessieren wolle, sie zur Arbeit heranziehen müsse. Er schlug vor, auch im Vorstand eine Arbeitsteilung einzuführen, Ausschüsse für bestimmte Verwaltungszweige einzusetzen und zu diesen Ausschüssen Gemeindemitglieder heranzuziehen, um so die Verbindung zwischen dem Willen der Gemeinde und dem Vorstand aufrecht zu erhalten und insbesondere gerecht zu handeln, denn Gerechtigkeit sei das Fundament jeder Gemeinde. Starker, lang anhaltender Beifall

folgte den Worten des Referenten, die eine lebhafte Diskussion zeitigten. Drei Mitglieder des seitherigen Vorstandes erklärten öffentlich, daß sie der neuen Wahlordnung nicht zugestimmt hätten. Alle Diskussionsredner gaben mehr oder minder zu, daß die Wahlordnung reformbedürftig sei. Mit Recht wies ein Vorstandsmitglied darauf hin, daß der Landesverband ein Wahlrecht, das für alle Gemeinden Anwendung zu finden hätte, schaffen solle. Hierauf wurde von Herrn Dr. Oppenheimer die Versammlung geschlossen mit dem Hinweis, daß jüdisches Leben in einer Gemeinde nur gedeihen könne, wenn alle Kräfte von dem Vorstand der Gemeinde mobil gemacht und zur Gemeindearbeit herangezogen würden. Es sei Pflicht des Vorstandes die Gemeinde an allen Arbeiten des Vorstandes teilnehmen zu lassen. Der Vorstand sei leider Gottes in Hessen gleichsam sakrosankt und autokratisch und könne über alle Fragen, die die Gemeinde betreffen, über den Kopf der Gemeinde hinwegentscheiden. Dabei entspräche es durchaus dem heutigen Zeitgeist, wenn der Vorstand der Gemeinde in allem, was er tue, auch verantwortlich sei. Besonders zu verwundern sei es, daß die demokratische und republikanische Regierung des Volksstaates Hessen einem solchen Wahlrecht ihre Genehmigung gegeben habe. Das sei nur aus dem Grunde zu verstehen, daß eben der Regierung die Angelegenheiten der jüdischen Gemeinden gleichgültig sei. Gegen ½12 Uhr fand die Versammlung ihr Ende.

Friedberg (Hessen). Im fast vollendeten 90. Lebensjahre starb am 14. März Herr Moritz Stahl von hier nach kurzer Krankheit. Bis vor einigen Wochen war er trotz vollständiger Erblindung regelmäßiger Besucher des Sabbatgottesdienstes. Er war der älteste Bürger Friedbergs und das älteste Mitglied unserer altehrwürdigen jüdischen Gemeinde. Den würdigen Greis, der schon durch sein patriarchalisches Aussehen auffiel, zierten hohe Geistes- und Charaktereigenschaften. Fast 25 Jahre war er Mitglied des Gemeindevorstandes und hat sich als solches große Verdienste erworben. Ihm ist gemeinsam mit dem vor Jahren verstorbenen Vorsteher Emanuel Löb die Erhaltung des weltberühmten Judenbades als historische Stätte ersten Ranges zu verdanken. Im jüdischen Holzverein hat er als Vorstandsmitglied viele Jahrzehnte segensreich gewirkt. Im vergangenen Jahre hat ihn dieser Verein zu seinem Ehrenvorsitzenden ernannt. Seine Beerdigung gestaltete sich zu einer großen Trauerkundgebung. Die Leichenhalle des jüdischen Friedhofes vermochte die Teilnehmer nicht zu fassen, so daß die Ansprachen im Freien gehalten werden mußten. Als erster Redner sprach Herr Lehrer **Seelig**. An der Hand entsprechender Bibelstellen entwarf der Redner ein getreues Lebensbild des Verstorbenen, ihn mit Bezalel, dem Erbauer des Heiligtums vergleichend. Der erste Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Herr Ferdinand Krämer, drückte in erhebenden Worten den Dank der Gemeinde aus und gelobte ihm Treue übers Grab. Am offenen Grabe rief zum Schlusse der Kommandant der hiesigen Feuerwehr, die in großem Zuge mit Fahne erschienen war, dem letzten Mitgründer der Wehr Worte ehrenden Gedenkens nach. Das Andenken Moritz Stahls wird in Stadt und Gemeinde unvergessen bleiben.



Gießen. (Jubiläum.) Am 11. April d. J. sind 25 Jahre vergangen, seit Herr Lehrer Otto Grünebaum hier an der staatlichen Simultanschule seinen Dienst angetreten hat. Er gehörte mit zu den ersten jüdischen Beamten, die damals unter großherzoglichem Regime in den hessischen Staatsdienst übernommen wurden.

Mainz. Am Karfreitag rettete Herr E. Weill, Mitinhaber der Firma E. und P. Weill, hier einen etwa dreijährigen Knaben, das Kind einer am Brand wohnenden Familie, vom Tode des Ertrinkens. Das Kind war beim Spiel mit anderen Kindern am Rheinufer in der Nähe der Stadthalle in den Rhein gefallen. Kurz entschlossen sprang Herr Weill dem Kinde nach in die kalte Flut und brachte es an Land. Nach vollbrachter Rettung entfernte sich der Lebensretter, dessen Kleider durchnäßt waren, während andere Personen sich um das gerettete Kind bemühten. Herr Ernst Weill, Gartenfeldstraße, ist Mitglied unserer Religionsgemeinde.

Mainz. Am 4. April begeht Frau Rosine Cahn, Witwe des im Jahre 1917 verstorbenen Herrn Siegmund Cahn, des langjährigen Vorstandsmitgliedes der israelitischen Gemeinde Mainz, ihren achtzigsten Geburtstag. Frau Cahn lebt seit einigen Jahren bei ihrer in Köln verheirateten Tochter. Frau Cahn zählte mit ihrem verstorbenen Ehemann in Mainz zu den beliebtesten, angesehensten und wohltätigsten Mitgliedern der Gemeinde. Sie besitzt noch heute in Mainz zahlreiche Freunde, die sich mit ihr darüber freuen, daß sie ihren achtzigsten Geburtstag in geistiger und körperlicher Frische feiern kann und die ihr wünschen, daß ihr noch viele vom Alter unbeschwerte Jahre beschieden sein mögen.

Mainz. Am Donnerstag, 14. März d. J. verschied nach längerem Leiden aber plötzlich Herr Rabbiner Dr. Jonas Bondi, זצ״ל der seit nahezu vier Jahrzehnten der religiöse Führer und Lehrer der Mainzer israelitischen Religionsgesellschaft war. Die Trauer um den Heimgang dieses Mannes erfaßte und erfüllte über die Grenzen der Religionsgesellschaft hinaus die weitesten Kreise der gesamten israelitischen Religionsgemeinde Mainz und fand ihren Ausdruck bei der am Freitag, den 15. März, nachmittags 4 Uhr, stattgehabten Beerdigung des Verewigten, obwohl mit Rücksicht auf das religiöse Gesetz kein Wort der Trauer ausgesprochen wurde. Der Verewigte, ein Sproß aus einer Mainzer Familie, war in jungen Jahren Amtsnachfolger des ersten Rabbiners der israelitischen Religionsgesellschaft Mainz, des Dr. M. Lehmann זצ״ל geworden und hatte von dem kleineren Bezirk seiner Amtstätigkeit aus durch seine Vorzüge des Charakters und des Geistes Geltung und führende Stellung in orthodoxen Organisationen und wissenschaftlichen Gesellschaften gewonnen.

In der Hauptsynagoge der israelitischen Religionsgemeinde Mainz gab Herr Rabbiner Dr. Levi der Trauer um den Heimgang des Verewigten Ausdruck; eine besondere Trauerfeier, bei welcher verschiedene Rabbiner nachbarlicher Religionsgesellschaften, die israelitische Religionsgesellschaft Mainz und sonstige dem Heimgegangenen nahestehende Organisationen ihre Trauer zum Ausdruck brachten, fand am Sonntag, den 24. März, in der Synagoge der israelitischen Religionsgesellschaft statt.

Mitglieder unseres Landesverbandes hatten wiederholt mit dem Verewigten über die einheitliche Zusammenfassung der hessischen Judenheit zum Zwecke deren Vertretung nach außen unverbindliche Verhandlungen geführt. Die Bemühungen scheiterten aber, wie unseren Lesern aus früheren Berichten bekannt ist, bedauerlicherweise an unverständlichen Widerständen. Die Bemühungen des Heimgegangenen in dieser Sache, der ebenso wie die übrigen Mitglieder der Religionsgesellschaft in Mainz der Gesamtgemeinde Mainz angehörte, werden wir dankbar in Erinnerung behalten. Sein Name und sein Wirken wird in der Mainzer Gemeinde unvergessen bleiben. תנצבה

Zum Hinscheiden des Herrn Rabbiner Dr. Bondi in Mainz.

Der Tod des Herrn Rabbiner Dr. Bondi in Mainz s. A. hat nicht nur bei den Mitgliedern der israelitischen Religionsgesellschaft, sondern darüber hinaus bei allen Mitgliedern unserer Gesamtgemeinde, die diesen Mann kannten und schätzten, aufrichtige Trauer hervorgerufen. Man darf sagen, daß dieser Mann, obwohl er doch eine exponierte Stellung als Vertreter der orthodoxen Richtung in unserer Gemeinde einnahm, keinen Feind gehabt hat, wie er selber Niemanden Feind war. Diese Tatsache charakterisiert den Dahingeschiedenen mehr als die längste Trauerrede. Er hat bewiesen, daß man seinen Standpunkt streng festhalten und dabei doch das Bibelwort beherzigen kann: „Haben wir nicht alle einen Vater, hat nicht ein Gott uns alle geschaffen? Warum sollen wir treulos sein einer gegen seinen Bruder, und entweihen den Bund unserer Väter?“ (Maleachi 2, 10) Er war der würdige Nachfolger des großen Dr. Marcus Lehmann s. A., des Begründers der hessischen Orthodoxie, und beide sind jederzeit für die Einheit der israelitischen Gesamtgemeinde Mainz eingetreten, von der die Religionsgesellschaft ein Bestandteil ist. Trennungsgelüste fanden bei beiden stets entschlossenen Widerstand.

Bei der überaus würdig verlaufenen Trauerfeier in der Synagoge der israelitischen Religionsgesellschaft, welche oben erwähnt ist, haben alle Redner die große Friedensliebe des Dahingeschiedenen gerühmt. Und wenn er dreimal am Tage zu unserem Vater im Himmel um Frieden betete, so war dies kein Lippendienst, sondern heiliger Ernst; denn er selbst betätigte den Frieden bei allen Gelegenheiten: Er suchte den Frieden und jagte ihm nach.

Einer der Trauerredner wies darauf hin, daß am Sabbath nach dem Tode des Verewigten der letzte Wochenabschnitt des zweiten Buches Mose vorgelesen und so das zweite Buch vollendet worden sei und daß gleichnisartig das zweite Buch der israelitischen Religionsgesellschaft mit dem Heimgang des Verewigten geschlossen sei, nachdem vor 40 Jahren nach dem Tode des Rabbiner

Dr. Lehmann s. A. das erste Buch des schöpferischen Aufbaus geschlossen war. Wir dürfen in Fortspinnung dieses schönen Gleichnisses dem Wunsche und der Hoffnung der großen Gesamtgemeinde Mainz Ausdruck geben, daß das dritte Buch, welches jetzt aufgeschlagen werden soll, in Fortsetzung der beiden ersten Bücher zum Wohle und zum Segen der alten Gemeinde Mainz, zum Frieden und zur Einigkeit ihrer Mitglieder sich anschließen möge. Wir glauben, annehmen zu dürfen, daß wir mit diesem Wunsche auch den aufrichtigen Gefühlen und Hoffnungen der gesetzestreuen Mitglieder unserer Gemeinde Ausdruck geben.

L. Kronenberger.

Verbände und Vereine.

Der Verein Jüdisches Museum E. V. zu Breslau hatte am 10. 3. 29 im Anschluß an seine so viel beachtete Ausstellung „Das Judentum in der Geschichte Schlesiens" Vertreter der jüdischen Museumsvereine Deutschlands, Polens, Oesterreichs und der Tschechoslowakei, sowie des Gesamtarchivs der deutschen Juden und der jüdischen Gemeinde in Berlin eingeladen zwecks Zusammenschluß zu einer losen Vereinigung auf dem Gebiete jüdischen Sammelwesens.

Dieser Einladung waren Delegierte aus Kassel, Mainz, Berlin, Wien, Prag, Warschau, München, Frankfurt a. M. gefolgt. Die Tagung begann mit einer Führung durch die genannte Ausstellung, und die so sachverständigen Teilnehmer waren einstimmig der Meinung, daß eine derartige wohldurchdachte Ausstellung noch niemals zu sehen gewesen war, und daß der Verein Jüdisches Museum zu Breslau mit der Veranstaltung dieser Ausstellung einen ganz neuen Weg beschritten hat. Nach der Führung fand ein Vortrag von Dr. Hallo, Kassel über „Jüdische Handwerker und jüdische Künstler" statt, der im besondern darauf hinwies, daß das Kunstgewerbe und die Kunst der Juden in vergangenen Jahrhunderten immer im engsten Anschluß zur Kunst ihrer eigenen Zeit gearbeitet hatte.

Die eigentliche Arbeitstagung fand dann am Nachmittag in den Räumen des Gemeindehauses statt, die als wesentlichsten Punkt der Tagesordnung eben die Frage der Errichtung einer losen Vereinigung der jüdischen Museen und ähnlicher Sammlungen aufwies. Man war sich im Prinzip über die Notwendigkeit einig, und nach eingehender Aussprache über die Fragen, wie weit man in der Einbeziehung der Archive und Bibliotheken gehen sollte, kam man zu dem Ergebnis, eine „Arbeitsgemeinschaft für Sammlungen jüdischer Kunst und Altertümer" zu bilden. In ihr soll Breslau zunächst auf ein Jahr den Vorort bilden und in der Geschäftsführung durch die Herren Professor Dr. Bronner, Wien, Dr. Hallo, Kassel, Dr. Karl Schwarz, Berlin unterstützt werden. Der Ausschuß wird sich nun zunächst mit der Frage der Abgrenzung des Sammelgebietes für Bibliotheken und Sammlungen, ferner mit der Frage, ob die Sammlungen kulturhistorisch-ethnographisch oder kunsthistorischer Art sein sollen, zu befassen haben.

Schließlich wird auch die Frage zu prüfen sein, in wie weit die einzelnen Museumsvereine, die sich ja in erfreulicher Anzahl immer weiter bilden, ihr Sammelgebiet auch landschaftlich abgrenzen müssen.

Ferner wurde beschlossen, die jüdische Presse regelmäßig mit Nachrichten über die Tätigkeit der neuen Interessengemeinschaft zu unterrichten; größere wissenschaftliche Arbeiten jedoch sollen evtl. dem Notizblatt der Gesellschaft zur Erforschung jüdischer Kunstdenkmäler überwiesen werden, an dessen weiteren Ausbau man denkt.

Die nächste Tagung soll 1930 in Berlin, die übernächste 1931 voraussichtlich in Mainz stattfinden. Professor Meier Balaban, Warschau gab dann noch die mit sehr großer Zustimmung aufgenommene Anregung, die Städte jüdischen Volkstums im Osten, die heute noch durchaus den mittelalterlichen Charakter bewahrt haben, auf Exkursionen aufzusuchen.

Den Teilnehmern an der Tagung wurden eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten überreicht, die von der geistigen Arbeit auf diesem Gebiete beredtes Zeugnis geben. Am Abend vereinigte noch ein gemeinsames Beisammensein die Teilnehmer, das vor allem Gelegenheit gab, im nahen Gedankenaustausch über die Zukunft jüdischer Sammeltätigkeit zu sprechen. Der nächste Tag gab den auswärtigen Freunden die Möglichkeit, die an mittelalterlichen Bauwerken so reiche Stadt Breslau, sowie eine Reihe bedeutender Privatsammlungen kennenzulernen.

Am **12. März** fand auf Einladung des **Hilfsvereins der Deutschen Juden** und der Großloge für Deutschland im Logenhaus, Kleiststraße 10, eine Veranstaltung statt, in der Herr Dr. Mutschnik, der Delegierte des Kischinewer Hilfskomitees für die hungerleidende jüdische Bevölkerung in Bessarabien, über das Thema sprach: „Die Lage der Juden in Bessarabien, Gegenwartsprobleme und Ausblicke".

Der Versammlung präsidierte Herr Rabbiner Dr. Leo Baeck; er begrüßte mit warmen Worten Herrn Dr. Mutschnik, der trotz Erkrankung in der Versammlung nicht fehlen wollte. In der Person des Herrn Dr. Mutschnik sei die Geschichte der Juden Bessarabiens in den letzten Jahrzehnten personifiziert. Er habe sich schon nach dem Kischinewer Progrom im Jahre 1903 an die Spitze des Hilfswerks gestellt. Den Hilfsverein habe zur Einberufung der Versammlung der Gedanke geführt, der der bestimmende des Hilfsvereins sei, daß es für die deutschen Juden keine Not, kein Leid in der Ferne gibt. Jedes Leid in der Ferne sei ihr Leid, das sie zur Hilfe aufrufe. Bessarabien sei von einer schrecklichen Hungersnot heimgesucht worden, die sich durch die Kälte besonders schlimm gestalte. Hungersnot in einem Ackerbaulande wie Bessarabien bedeute etwas anderes als in anderen Ländern.

Herr Dr. Mutschnik dankt Herrn Rabbiner Dr. Baeck für die herzlichen Begrüßungsworte. Er sei nach Berlin gekommen, um an die Pforten des Hilfsvereins zu klopfen und um Hilfe zu bitten. Vor sechsundzwanzig Jahren habe er zum ersten Mal, als er mit dem Hilfsverein wegen des Hilfswerkes für die Opfer des Pogroms in Kischinew in Verbindung trat, eine Idee von einer großen jüdischen Hilfsorganisation bekommen. In der schwersten Zeit nach dem Kischinewer Pogrom, als Kischinew von aller Welt abgeschnitten war, habe der Hilfsverein einen Delegierten dorthin entsandt. Die Führer des Hilfsvereins, der unvergeßliche Dr. Paul Nathan und Dr. James Simon, lebten in Bessarabien im Gedächtnis der älteren Generation fort und werden stets ein Vorbild echter Menschenliebe bleiben.

Sodann berichtete er über die Lage in Bessarabien. Die Zahl der dortigen Juden betrage ca. 300 000 = 10% der Gesamtbevölkerung Bessarabiens. Die meisten Juden wohnen in den Städten. Von Landwirtschaft leben in Bessarabien etwa 40 000 Juden, sie treiben Ackerbau, Wein- und Tabakbau. Weitere Teile der jüdischen Bevölkerung beschäftigen sich mit Arbeiten, die mit der Landwirtschaft in Beziehung stehen. Die übrigen widmen sich dem Handel, dem Handwerk und freien Berufen.

Nach dem Kriege seien die wirtschaftlichen Verhältnisse umgestaltet worden durch die Agrarreform, die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die Bauern. Es erfordert Zeit, sich den neuen Entwicklungsformen anzupassen. Ica und Joint leihen dabei ihre Mithilfe. Sodann sei ein großer Verband von 40 Kooperativen der verschiedenen Städte geschaffen worden, um den Juden zu helfen.

Er beschrieb des Näheren, welche Kalamitäten durch die aufeinanderfolgenden Mißernten hervorgerufen worden seien. Schon im Jahre 1925 habe sich ein besonderes Hilfskomitee in Kischinew gebildet. Traurig sei die Lage der Juden schon in früheren Jahren gewesen, aber erst nach der Mißernte des Jahres 1928 sei es zu der jetzigen Katastrophe gekommen, die schon vom September ab bestände. Vier Monate seien keine Nachrichten aus der Provinz gekommen. Erst im Dezember sei man nach einer Informationsreise eines Vertreters der Zeitung „Unser Zeit" über die Lage unterrichtet worden. Dr. Mutschnik schildert höchst eindrucksvoll, wie jeder einzelne, jede Familie sich scheue, Mithilfe in Anspruch zu nehmen und buchstäblich erst alle Phasen der Not und des Hungers durchmache, ehe sie sich schweren Herzens dazu entschließen. Im Januar 1929 sei die Aktion angefangen worden und zwar mit einem winzigen Reservefonds von 3000 RM., der aus den Mitteln des Komitees vom Jahre 1925 verblieben sei. Auf die Person sei bei dieser Verteilung etwa zehn Pfennig pro Tag gekommen.

Die Mißernte von 1928 hat von neun Kreisbezirken Bessarabiens vier in Südbessarabien und 1½ in Mittelbessarabien betroffen, mit einer Bevölkerung von ungefähr 40 000 Familien — etwa 160 000 Personen. Ausgiebiger als in gewöhnlichen Zeiten müsse sich nach alter Tradition die Verpflegung zu Pessach gestalten. Zum notdürftigen Unterhalt der Hungernden bis zur neuen Ernte im Sommer wären mindestens noch 30—40 000 000 Lei = 750 000—1 000 000 RM. erforderlich.

Die erste Organisation, die zu Hilfe gekommen sei, war der Hilfsverein der Deutschen Juden, an den sich das Komitee auch zunächst gewandt habe. Die deutschen Juden hätten stets ein besonderes Verständnis für die Lage der Juden im Osten gezeigt. Des weiteren haben auch die aus Bessarabien stammenden Juden in Argentinien tatkräftige Mithilfe geleistet. Allmählich seien auch Gelder von anderer Seite gekommen.

Nachdem Herr Dr. Baeck Herrn Dr. Mutschnik seinen Dank ausgesprochen hat, gibt der Generalsekretär des Hilfsvereins, Herr Dr. Mark Wischnitzer, einen kurzen Ueberblick über die Hilfs-

aktion für Bessarabien. Als im Januar der erste Hilferuf aus Bessarabien an den Hilfsverein kam, war das Hilfswerk für die bulgarischen Juden noch nicht abgeschlossen, das den Opfern des Erdbebens vom April 1928 galt. Es mußte rasch gehandelt werden angesichts der großen Not in Bessarabien.

In wenigen Tagen war es dem Hilfsverein gelungen, 15 000 RM. aufzubringen, die unverzüglich telegraphisch nach Bessarabien überwiesen wurden, wodurch man eine erhöhte Aktivität des Kischinewer Komitees ermöglichte.

Der Zweck der Versammlung sei, die Aktion für Bessarabien intensiver zu gestalten und alsdann eine Resonanz zu schaffen, damit andere Länder, Südafrika, Australien etc. zur Mithilfe veranlaßt würden. Die Oeffentlichkeit sei noch nicht genügend über die Not in Bessarabien unterrichtet. Er appellierte darauf noch speziell an die Vertreter der jüdischen Presse, das Interesse für die bessarabischen Juden wach zu halten. Er gibt dem Wunsche Ausdruck, daß von dieser Versammlung ein Strom der Liebe ausgehen möge zu den unglücklichen bessarabischen Juden.

Der **Verein zur Förderung ritueller Speisehäuser e. V. in Hamburg** beabsichtigt, eine Mensa academica für jüdische Studenten in Heidelberg zu errichten. Studenten, die im kommenden Semester in Heidelberg studieren wollen und an der zu errichtenden Mensa Interesse haben, werden gebeten, sich bei der Geschäftsstelle des oben genannten Vereins, Hamburg 1, Dornbusch 4, zu melden.

Das **„Sanatorium Emser Heilquelle"**, ein Heim mit ritueller Verpflegung für unbemittelte jüdische Patienten (täglicher Pensionspreis 5 [fünf] RM) wird Mitte Mai wieder eröffnet. Möglichst frühzeitige Anmeldungen an den Vorsitzenden Sanitätsrat Dr. Rehab, Bad Ems.

Vereine und Verbände.

Am 9. bis 11. Juni tagt in Berlin der **Jüdische Frauenbund von Deutschland.** Die Tagung gewinnt eine besondere Bedeutung dadurch, daß der Bund sein 25jähriges Bestehen in diesem Jahre feiert. Die verantwortlichen Vertreterinnen des Bundes werden auf Grund ihrer langjährigen Arbeit über die Entwicklung des Jüdischen Frauenbundes berichten und die Zukunftsaussichten der jüdischen Frauenbewegung und jüdischen Frauenarbeit erörtern. Der Jüdische Frauenbund, der 50 000 Mitglieder umfaßt und dem 450 Frauenvereine aller jüdisch-politischen Richtungen angeschlossen sind, verspricht sich von dieser Tagung, die in allen Kreisen schon lebhaften Widerhall findet, wesentliche Förderung der gesamten Arbeit.

Einer Anregung von Frau Rebekah Kohut, New York, die auch im Jahre 1923 eine jüdische Frauenkonferenz in Wien einberufen hatte, folgend, findet vom 4. bis 6. Juni d. J. in **Hamburg eine Internationale jüdische Frauentagung** statt. Mit der Vorbereitung dieses Kongresses ist ebenfalls der Jüdische Frauenbund von Deutschland betraut worden. Etwa 20 außerdeutsche Länder werden ihre Vertreterinnen entsenden. Aus dem reichhaltigen Programm, das sich mit sozialen und Erziehungsfragen, Frauenarbeit in den Jüdischen Gemeinden, sozialer jüdischer Frauenarbeit beschäftigt, nennen wir Fragen, die für das gesamte Judentum von Interesse sind, wie Völkerbund, Jewish Agency etc. Im Anschluß an in Wien schon ausgesprochene Wünsche sollen die Möglichkeiten der Gründung eines Frauen-Weltbundes erneut in Erwägung gezogen werden

Vor kurzem fand die Jahresversammlung des **Hilfsvereins der Deutschen Juden** in Berlin statt, die sehr eindrucksvoll verlief. Zahlreiche Mitglieder und Freunde des Hilfsvereins aus Berlin und aus dem Reiche waren erschienen. Die Tagung wurde von Herrn Generalkonsul Eugen Landau in Vertretung von Herrn Dr. James Simon geleitet. Im Tätigkeitsbericht, der vom stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Willy Dreyfus, und dem Generalsekretär, Herrn Dr. M. Wischnitzer, erstattet wurde, wurde auf die Fortschritte der Arbeit hingewiesen, die sich sowohl in der Erhöhung der Eingänge als auch in der Erweiterung und Vertiefung der Arbeit auf den einzelnen Gebieten geäußert hat. Der Hilfsverein der Deutschen Juden, der seit achtundzwanzig Jahren besteht, übt eine umfassende Auswandererfürsorge aus; er unterstützt bedürftige jüdische Studierende, sorgt für Ausbildung und Erziehung von Waisenkindern, subventioniert eine Reihe von Schulen und sozialen Anstalten, hat anläßlich des Erdbebens in Bulgarien und der Hungersnot in Bessarabien größere Hilfsaktionen durchgeführt und leitet die kulturelle Arbeit in den neugegründeten jüdischen Kolonien in Rußland ein.

Herr Max Warburg, Hamburg, ist stellv. Vorsitzender des Hilfsvereins, betonte die Weltweite und Weltverbundenheit der jüdischen Hilfstätigkeit der Gegenwart, die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der großen Gesellschaften für Auslandshilfe in Amerika, England, Frankreich und Deutschland. Er hob die Bedeutung des Hilfsvereins der Deutschen Juden als ständiger stets hilfsbereiter Organisation hervor. Die deutschen Juden seien unmittelbare Nachbarn der Länder des Ostens, wo die Juden am meisten zu kämpfen haben, und als solche natürliche Mittler zwischen Westen und Osten bei der Organisation und Durchführung von Hilfsaktionen. Zur Ermöglichung des Hilfswerks, das der Hilfsverein in dem gebotenen Rahmen durchführt, sei Opferbereitschaft ein dringendes Gebot für jeden deutschen Juden gegenüber den Juden des Ostens wie gegen sich selbst. Die Rückwirkung von Katastrophen im Osten — Pogromen, ökonomischen Umwälzungen, wie sie sich jetzt in Rußland und in den Randstaaten vollziehen — auf die Juden in Deutschland blieben nie aus. Es liege im eigenen Interesse der deutschen Juden, den Hilfsverein in tatkräftigster Weise zu unterstützen.

Gedenket der Armen!

Ein ungewöhnlich harter Winter ist m. G. H. vorüber. Ungewöhnlich wie die Unbill dieser kalten Jahreszeit war die Not, die mit Krankheit und Entbehrung in viele Häuser unserer jüdischen Gemeinde Mainz quälend und zermürbend eingebrochen ist. Daß man in den Kreisen unserer Gemeindemitglieder von der gegen diese Not geleisteten Hilfe so wenig hört, ist ein Ruhm für die diskrete Arbeit unserer Zentralwohlfahrtsstelle. Wir können aber versichern, daß ungewöhnlich wie der harte Winter und die harte Not auch die Hilfeleistung war, die wir mit Aufbietung aller Kraft und der letzten Mittel vollbracht haben.

Noch aber trennen uns sorgenbeschwerte Wochen der Uebergangszeit von der Sommerzeit, die befreiende Wärme und auflebende Hoffnung bringen soll; das Pessachfest, welches erhöhte Anforderungen an die Versorgung des jüdischen Hauses stellt, kommt heran und wird von vielen Familien mit Bangen erwartet statt mit Freude, weil sie sich nicht Rat wissen in ihrer Bedrängnis.

Es war von jeher rühmliche Art in unserer Gemeinde, der Armen und Bedrängten zu gedenken und ihnen hilfreich beizustehen. Wir sehen uns gezwungen, uns an diejenigen Gemeindemitglieder, die durch Besitz und gesichertes Einkommen gesegnet sind, mit der Bitte zu wenden: „Helft mit, damit wir helfen können!"

Seit Jahren haben wir es absichtlich unterlassen, mit allgemeinen Sammlungen für unsere Hilfsmaßnahmen an die Gemeindemitglieder heranzutreten. Wir hoffen aber und wir bitten drum, daß dieser unser Notruf Gehör finden und daß uns reichlich Gaben zufließen mögen, für welche wir im Namen unserer Pflegebefohlenen im voraus schon von Herzen danken. (Postscheckkonto 6308 Amt Frankfurt a. M.)

Der Vorstand der Zentralwohlfahrtsstelle bei der israelitischen Religionsgemeinde Mainz.

Warnung vor Haussammlungen.

Auch in den letzten Wochen wieder ist es vorgekommen, daß Ortsfremde angeblich zur Stützung oder Förderung ausländischer jüdischer Institutionen Sammlungen von Haus zu Haus in unserer Mainzer Gemeinde vornahmen. Durch vorgelegte Ausweise und Sammellisten wurden zahlreiche Gemeindemitglieder zu namhaften Spenden für diese fragwürdigen Sammlungen veranlaßt. (Manches Gemeindemitglied suchte sich auch durch eine schnellgewährte Gabe vom Anhören langatmiger Bittvorträge zu befreien.) In kürzester Frist gelang es diesen Sammlern, große Beträge aus unserer Gemeinde fortzutragen. In vielen Fällen steht aber nicht einmal fest, ob die „Auftraggeber" dieser Sammler wirklich existieren. Erst kürzlich mußten wir die Feststellung machen, daß weder der Sammler, noch das Institut, für das er sammelte, am zuständigen Orte bekannt war. Wir verschließen uns zwar keiner berechtigten Hilfe gegen Not und Unterstützungswürdigkeit; wir können aber nicht untätig die Gebefreudigkeit unserer Gemeindemitglieder mißbrauchen lassen in einer Zeit, wo selbst der kleinste Betrag mit Bedacht und Sorgfalt Verwendung finden muß. Wie viel Segen hätte mit diesen fortgetragenen Beträgen an richtiger Stelle geschaffen werden können!

Wir halten es in dieser schweren Zeit für unsere Pflicht, derartige Sammlungen zu überwachen, um für eine haushälterische Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in unserer Ge-

meinde zu sorgen. Wir warnen deshalb vor der Förderung solcher Haussammlungen in unserer Gemeinde. Es ist deshalb auch unbedingt erforderlich, daß die Mitglieder unserer Gemeinde von vorsprechenden Listensammlern uns sofort in Kenntnis setzen und diesen nur dann einen Beitrag gewähren, wenn durch eine Verständigung mit uns festgestellt ist, daß gegen die betreffende Sammlung keine Bedenken vorliegen. Im übrigen bitten wir die Gemeindemitglieder immer wieder, ausgiebigsten Gebrauch von unseren Wohlfahrtsmarken zu machen, die für die Feststellung der Würdigkeit der durchreisenden Sammler wertvolle Dienste leisten. Diese Marken sind in Werten von 20 und 50 Pfg. in unserem Büro, Hindenburgstraße 44, erhältlich und ebenso die Karten, auf welche die Marken aufzukleben sind.

Der Vorstand der Zentralwohlfahrtsstelle bei der israelitischen Religionsgemeinde Mainz.

Zwei Episoden aus dem Jahre 1848.

Von S. Rothschild, Worms.

Achtzig Jahre sind verflossen, seit in Frankfurt a. M. in der Paulskirche die Nationalversammlung tagte, an der bedeutende Männer wie v. Gagern, Uhland, Rießer, Fröbel, Arndt, Simson und andere teilgenommen hatten. In fast allen deutschen Landen gärte es. In Baden standen der Advokat Hecker und der Journalist Struve an der Spitze der revolutionären Bewegung. Nach Eintritt der Reaktion war das Zuchthaus in Bruchsal mit Teilnehmern der Revolution gefüllt. Auch der Bruder meiner sel. Mutter, aus Sennfeld stammend, befand sich darunter. Wie viele andere, wurde auch er später begnadigt und zur Auswanderung nach Amerika gezwungen. Dort ist er schon lange gestorben. Die bei seinem Tode veröffentlichten Nekrologe geben an, daß er 1848 in Karlsruhe als assistierender Kriegsminister tätig war. Ein Gedicht, das sich in seinem Nachlasse vorgefunden, mag wegen der darin ausgesprochenen Gottesfurcht und Gefühlsinnigkeit hier mitgeteilt werden:

I.

Des Hochverräters Kerkergebet.

Oh, Gott, der du das Weltall schufest,
Und was wir sehen, werden ließest,
Der du im Geiste der Menschheit rufest,
Und täglich sie mit Wundern priesest.

Zu dir will ich mein Herz erheben,
Wenn Kummer mir und Trübsal nahen,
Denn du kannst Trost auch denen geben,
Die nie des Lebens Freuden sahen.

Wenn dunkel wir die Zeiten nennen
Und schwer noch lastet Schicksalsbürde
Wer kann wohl deinen Ratschluß kennen,
Für Freiheit und für Menschenwürde?

So laßt uns auch mit David sprechen (Sam. II., 24. 14. K.)
„In deine Hand laß Gott uns fallen",
Weil Menschen gerne strafen, rächen —
Du bist gerecht und gnädig allen.

Nur dich will ich um Gnade flehn,
Bei dir ist Wahrheit, Macht und Stärke,
Du läßt den Sinn nicht deuten, drehn
Du kennst allein den Zweck der Werke.

Laß mich, o Gott, das Böse meiden!
Gib mir in allem, was ich tue,
Und jetzt in meinem Kerkerleiden
Ein reines Herz und Seelenruhe.

II.

Der alte Adel.

(Zum besseren Verständnisse mag vorausgeschickt werden, daß die Nachkommen von Aron und Levi — die Aristokratie der Juden — zur Zeit, als Napoleon Familiennamen forderte, meistens ihren ursprünglichen Namen behielten. Andere aber, die nicht den Namen Kahn, Kohn, Kohen, Levi usw. wählten, trotzdem sie dem Stamme Levi angehörten, sondern sich einen neuen Familiennamen beilegten, waren sich aber jederzet ihrer vornehmen Abstammung bewußt.)

Es ist bekannt, daß die Verhandlungen von der Paulskirche in Frankfurt nach Erfurt verlegt und von Simson, (getauft) dem späteren Reichstagspräsidenten, geleitet wurden. Während einer Verhandlung hatte sich der damalige Abgeordnete v. Bismarck etwas sehr laut mit seinem Nachbar unterhalten. Ein scharfes Anschauen Bismarcks von seiten Simsons hatte keinen Erfolg. Er setzte die Unterhaltung, die störend auf den Gang der Verhandlungen wirkte, fort, bis Simson endlich sagte: „Ich möchte dem Abgeordneten v. Bismarck bemerken, daß es sich nicht schickt, während der Rede eines Abgeordneten sich so laut zu unterhalten." Mit zorngerötetem Gesichte erhob sich v. Bismarck und sprach: „Ich als Adeliger werde doch am besten wissen, was sich schickt und brauche mir darüber keine Belehrung geben zu lassen von einem —"

Das letzte Wort hatte er unterdrückt. Ruhig erhob sich Simson, indem er sagte: „Wenn der Abgeordnete v. Bismarck sich auf seinen Adel beruft, soll er das mir gegenüber nicht tun, denn mein Adel reicht hinauf zum Hohenpriester Aron". Bismarck, auf den die Ruhe Simsons großen Eindruck gemacht und der wohl inzwischen auch seinen Fehler eingesehen hatte, antwortete: „Das habe ich allerdings nicht gewußt; wenn das der Fall ist, bescheide ich mich."

Bücherschau.

Auf die Bedeutung der von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden seit Anfang dieses Jahres herausgegebenen **„Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege"** sei noch einmal kurz hingewiesen.

Aus dem Inhalt der zweiten Nummer sind folgende Beiträge zu nennen: Bertha Pappenheim, zu ihrem 70. Geburtstag. Die Wohnungsnot der Großstadtjuden, von Dipl. Ing. Alexander Pinthus. Die Bedeutung der neuen Forschungsergebnisse über die Tuberkulose für die jüdische Wohlfahrtspflege, von Dr. med. M. J. Gutmann. Probleme palästinensischer Wohlfahrtspflege, von Helene Hanna Thon. — Aus der Umschau u. a.: Die Leistungen des Offenen Fonds der Arbeitsgemeinschaft „Jüdische Tuberkulosefürsorge" im Jahre 1928. Die Neugestaltung der Erholungsfürsorge, Bericht über den Anteil der jüdischen Wohlfahrtspflege an der Dauerausstellung im Reichsarbeitsministerium, Bericht des „Ort" über jüdische Aufbauarbeit im Osten. — Zum Schluß wird über die Aussprache jüdischer Frauen über Erziehungsfragen, die am 1. und 2. Januar stattgefunden hatte, eingehend berichtet. Abonnementsbestellungen nimmt die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, Berlin-Charlottenburg 2, Kantstraße 158, entgegen. (Postscheckkonto: Berlin 140 617, Fernsprecher: J. 1, Bismarck 1064/65). Der Bezugspreis für die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift beträgt 8 RM. jährlch, für die der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden angeschlossenen Gemeinden, Organisationen, Vereine, Anstalten usw. und persönlichen Mitarbeiter 4 RM. jährlich. Der Preis des einzelnen Heftes ist 1,50 RM.

Der **Verein zur Förderung ritueller Speisehäuser** hat in der Ausgabe des Heftes Nr. 177 die neueste Zusammenstellung der ihm im In- und Ausland angeschlossenen Restaurants bezw. Hotels gebracht, worauf hiermit hingewiesen sei.

Die **Pessachliste** über **Verwendbarkeit von Arzneimitteln** und **Arzneiverordnungsvorschlägen für Pessach** ist in unveränderter vorjähriger Ausgabe bei der Lebensmittel-Kommission der Vereinigung traditionell-gesetztreuer Rabbiner Deutschlands, Berlin NW 6, Philippstraße 7—8 bei Munk gegen Einsendung von 1,10 RM. zu beziehen.

Schaare Zedek, Neubearbeitung von Tefilla kezara und Schaare Thora, eine methodische Einführung in die Sprache der Bibel und des Gebetbuches von M. Abraham und J. V. Levy, zweiter Teil, Verlag M. Lehrberger Frankfurt a. M. 1929, 63 Seiten, Preis geb. Mk. 2.25. Der neue Versuch der durch ihre früheren Veröffentlichungen auf diesem Gebiete bekannten Autoren bedeutet eine weitere Vervollkommnung in dem Bestreben, den hebräischen Unterricht der jüdischen Jugend zu verlebendigen. Vom nächsten Vorstellungskreis des Kindes aus wird systematisch aufgebaut; Drill und Pauken tritt zurück, festhaftende Erfassung des Sprachaufbaus wird zum leitenden Unterrichtsgang. Auf diesem Wege kann ein dauerndes Erfassen des notwendigen hebräischen Sprachgutes bei unseren Kindern erreicht werden. Das Lehrbuch sei empfohlen.

Moses Mendelssohn, Eine Auswahl aus seinen Briefen und Schriften, zweite Auflage, Verlag J. Kauffmann, Frankfurt a. M. 1929, 124 Seiten, Preis brosch. Mk. 1,90. Diese zweite Auflage eines vor Jahren erschienenen Buches, vermehrt durch eine Biographie Mendelssohns kommt im Jubiläumsjahre dieses jüdischen Philosophen und geistigen Führers zur rechten Zeit heraus. Die wesentlichen Betätigungsgebiete Moses Mendelssohns sind hier durch eine Auswahl bezeichnender Teile seiner Schriften vertreten. Wer sich einen allgemeinen Ueberblick über den Charakter und die Leistung Moses Mendelssohns verschaffen will, dem ist an der Hand dieses Buches die Möglichkeit dazu gegeben.

The Jews in the United States, 1927, von Harry S. Linfield, Ph. D., New York the American Jewish Committee 1929, 110 Seiten. Diese von der statistischen Abteilung des amerikanisch-jüdischen Komitees in Newyork herausgegebene Veröffentlichung ist ein Abdruck des im American Jewish Year Book 1928 erschienenen Originalartikels. Die darin enthaltenen Daten, Zahlen und Zusammenstellungen sind wertvolles statistisches Material für die Erkenntnis der jüdischen Bewegung in Amerika. Man muß es den amerikanischen Organisationen zugestehen, daß sie die gegenwärtige lebendige Entwicklung der amerikanischen Judenheit von Anfang an zahlenmäßig zu ergründen suchen. Hinter den trockenen Zahlen und nüchternen Daten steckt geschichtlicher Geist.

Galliner, A. Bilder zur Bibel, Erzväter, Verlag J. Kauffmann Frankfurt a. M., 1928, 30 Seiten Text und 20 Bildtafeln, Preis in Pappband Mk. 2,50, in Leinwand Mk. 3,50. Als Doppelbändchen 4/5 der unter Mitwirkung der Jugendschriften-Kommission der Großloge für Deutschland VIII.U.O.B.B. geschaffenen jüdischen Jugendbücherei kam diese Veröffentlichung heraus. Arthur Galliner gibt in einer Vorbemerkung und in einer Abhandlung über die verschiedenen Entwicklungsstufen des Themas Bibel und bildende Kunst eine einprägsame Einführung und macht so das beigefügte Bildmaterial verständlich. Druck und Ausstattung des Doppelheftes ist wie bei den früheren Veröffentlichungen der Jugendbücherei klar und gut; die letzten Feinheiten des Bildmaterials können allerdings bei dem beschränkten Format und der angewendeten Manier der Wiedergabe nicht herausgeholt werden. Bei dem obwaltenden Zwang, den Preis der Bücher tunlichst niedrig zu halten, ist aber die Grenze des Möglichen erreicht. Ein neues Geschenk-Buch ist mit dem vorliegenden Bändchen unserer jüdischen Jugend gegeben.

Der Heine-Bund, eine jüdische Buchgemeinde, dessen letzte Veröffentlichung Schwartz, Karl: „Die Juden in der Kunst" wir in der Dezembernummer 1928 unseres Mitteilungsblattes bereits angezeigt hatten, tritt nunmehr in die dritte Jahresreihe seiner Veröffentlichungstätigkeit ein. Er hat durch seine bisherige Tätigkeit bereits sich recht verdient gemacht. Obwohl der Mitgliedsbeitrag für die vier Jahresreihenbände nur Mk. 14,— beträgt, scheint die tätige Anteilnahme in die jüdischen Kreise aber noch nicht tief genug eingedrungen zu sein. Man beging vor kurzem in ganz Deutschland einen „Tag des Buches" und weckte dadurch das Interesse und das Verständnis für die Kulturbedeutung des gedruckten Wortes und Gedankens. Bei uns Juden, die wir doch das Volk des Buches sind, ist aber durch die Wirren der wirtschaftlichen und geistigen Krisenzeit, die wir jetzt durchzumachen hatten, das Interesse für das jüdische Buch stark vernachlässigt worden. Für Luxus- und Liebhaberausgaben fand sich zwar ein — wenn auch durchaus ungenügender — kleiner Kreis von Abnehmern; das jüdische Buch in mittlerer Preislage wurde überhaupt nicht oder nur sehr mangelhaft gepflegt. Der Heine-Bund hat in Form einer Buchgemeinde als einziger jüdischer Verlag sich zum Ziel gesetzt, für verhältnismäßig billigen Preis gut ausgestattete und inhaltlich wertvolle Werke bedeutender Autoren in den jüdischen Leserkreis hineinzutragen. Dieser Versuch trägt in sich den Keim verheißungsvoller Entwicklungsmöglichkeit, wenn die Mitgliederzahl seiner Buchgemeinde sich entsprechend erweitert. Wir empfehlen unseren Lesern Einforderung der kostenlos erhältlichen Prospekte und Anmeldung beim Heine-Bund, Berlin W 57, Pallasstr. 10/11.

Personalnotizen.

Geboren:

Mainz: 3. 3. 29: Ein Sohn des Herrn Julius Fulda,
13. 3. 29: Eine Tochter des Herrn Karl Marxsohn.

Verlobte:

Friedberg: Frl. Edith Lewy mit Herrn Jacques Schapiro.
Mainz: Frl. Trudel Lebrecht mit Herrn Walter Scheuer.
Mainz-Berlin: Frl. Else Klein mit Herrn Sally Hecht.

Vermählte:

Düsseldorf-Groß-Gerau: Herr Hans Rose und Frau Henny, geb. Oppenheimer,
Mainz-Düren: Herr Dr. jur. Sigwart Süssel und Frau Dr. med. Aenne Süssel.
Wallertheim-Stein-Bockenheim: Herr Emil Isaak und Frau Friedel Nachmann.

Silberne Hochzeit:

Offenbach: 10. 4. 29: Ludwig Mühlstein und Frau Emmy, geb. Scheuer.

70. Geburtstag:

Friedberg: 26. 3. 29: Frau Sally Cahn, geb. Stern.

Gestorben:

Alzey: 25. 3. 29 Sanitätsrat Dr. Mainzer, 62 Jahre alt.
Friedberg: Frau Berta Hofmann, 59 Jahre alt,
Inge Rosenbaum, 8 Jahre alt,
Moritz Stahl, 89 Jahre alt.
Mainz: 3. 3. 29: Julius Lebrecht, 70 Jahre alt,
Frau Anna Mayer, 89 Jahre alt,
Mainz: 14. 3. 29: Leopold Weiß, 85 Jahre alt,
Rabbiner Dr. Jonas Bondi.

Gebetzeiten für die Pessachfeiertage

in der Hauptsynagoge der israelitischen Religionsgemeinde Mainz.

Mittwoch, 24. April: abends 7 Uhr (19 Uhr).
Donnerstag, 25. April: morgens 9,30 Uhr;
Thorahvorlesung 9 Uhr. Predigt;
Minchah 19 Uhr;
abends 19,30 Uhr.
Freitag, 26. April: morgens 9 Uhr;
Thorahvorlesung 9,30 Uhr. Predigt;
Minchah und Abendgebet 19,30 Uhr.
Samstag, 27. April: morgens 9 Uhr;
Thorahvorlesung 9,30 Uhr;
Minchah 19,50 Uhr;
Sabbatausgang 20,30 Uhr.
Dienstag, 30. April: abends 19,30 Uhr.
Mittwoch, 1. Mai: morgens 9 Uhr;
Thorahvorlesung 9,30 Uhr. Predigt;
Minchah 19 Uhr;
abends 19,30 Uhr.
Donnerstag, 2. Mai: morgens 9 Uhr;
Thorahvorlesung 9,30 Uhr;
Minchah 20 Uhr;
Passahausgang 20,40 Uhr.
An den Wochentagen: abends 19,30 Uhr, morgens 7 Uhr.



Jüdischer Jugendverein Mainz a. Rh.

Heim: Gemeindehaus Gabelsbergerstraße.

Programm für April 1929.

Montag, 8. April, abends 8½ Uhr, pünktlich im Gemeindesaal (Josephstr.) in Gemeinschaft mit andern jüdischen Vereinen **Vortrag Dr. Hendrik Landau-Wiesbaden: „Die geistige Krisis im Judentum der Gegenwart".**

Donnerstag, 11. April, abends 8¾ Uhr: Heimabend. Leitung Josef Kahn.

Sonntag, 14. April: Fahrt. Führung **Max Tschorniki.** Näheres wird am schwarzen Brett bekanntgegeben.

Montag, 15. April, abends 8¾ Uhr: Heimabend „Ueber moderne französische Literatur": Paul Verlaine. Leitung Fritz Eisemann.

Donnerstag, 18. April, abends 8¾ Uhr im Heim: Vortrag des Herrn Kantor London über „Jüdische Fürsorgeeinrichtungen mit besonderer Berücksichtigung der Gemeinde Mainz".

Montag, 22. April, abends 8¾ Uhr Heimabend von Max Tschorniki: **Alpenwelt** 2. Teil (Schnee, Gletscher, Lawinen).

Sonntag, 5. Mai: Fahrt unter Führung von **Alfred Epstein.** Näheres wird am schwarzen Brett bekanntgegeben.

Zur Beachtung:

1. **Die unter Leitung des Herrn Rabbiner Dr. Levi** stehende **Arbeitsgemeinschaft** beginnt Anfang April. Die Interessenten werden direkt benachrichtigt, oder erhalten Auskunft bei **Dr. Picard.**
2. Der für den 2. Pesachabend geplante **gemeinsame Seder** kann leider aus äußeren Gründen nicht stattfinden.
3. Wir weisen auf die **Jugendbücherei der Gemeinde** hin, die ihren Bücherbestand weiterhin ergänzt hat.
4. **Beachtet das schwarze Brett!**

Druck von E. Herzog, Mainz.